

Patientenverfügung / Vorsorgevollmacht

Mit dem 3. Gesetz zur Änderung des Bundesrechts wurde im BGB unter § 1901 a ff erstmals eine eigene Regelung zur Patientenverfügungen aufgenommen. Diese Bestimmung gilt seit dem 01.09.2009.

Obwohl auch bisher schon die Möglichkeit bestand, für den Fall der eigenen Einwilligungsunfähigkeit bestimmte Festlegungen zu treffen, so wurde mit dieser Regelung dem Willen des Patienten größerer Nachdruck verliehen.

Zunächst ist festzuhalten, dass bestehende Patientenverfügungen selbstverständlich ihre Gültigkeit behalten. So war auch nach der bisherigen Rechtslage der Betreuer verpflichtet, dem Wunsch des Betreuten zu entsprechen. Der neu aufgenommene § 1901 b BGB regelt jedoch die Verbindlichkeit von Patientenverfügungen explizit. So hat der behandelnde Arzt gemeinsam mit dem Betreuer notwendige Maßnahmen zu erörtern, um unter Berücksichtigung des Patientenwillens die entsprechende Entscheidung zu treffen. Absatz 2 dieser Regelung besagt ausdrücklich, dass erforderlichenfalls bei der Feststellung des mutmaßlichen Willens des Patienten auch nahe Angehörige oder sonstige Vertrauenspersonen des Betreuten gehört werden sollen, sofern dies ohne erhebliche Verzögerung einer wichtigen Maßnahme möglich ist. Weiter ist ein Betreuer auch für den Fall, dass keine schriftliche Patientenverfügung vorliegt, berechtigt und verpflichtet, den mutmaßlichen Willen des Betreuten festzustellen und auf dieser Grundlage zu entscheiden, ob ein ärztlicher Eingriff zu erfolgen hat oder ob dieser - dem Willen des Betreuten folgend - untersagt wird. Um den mutmaßlichen Willen des Betreuten festzustellen, können auch frühere mündliche oder schriftliche Äußerungen sowie die ethische oder religiöse Überzeugung des Betreuten von Bedeutung sein.

Eine Patientenverfügung bedarf nach § 1901 a 1 BGB der Schriftform. Es ist auch im Betreuungsfall für alle Beteiligten hilfreich, wenn der Wille des Betreuten zu Zeiten, da dieser noch im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte war, schriftlich niedergelegt worden ist.

Allerdings regelt derselbe Absatz im letzten Satz, dass der Widerruf einer Patientenverfügung auch formfrei, mithin mündlich – durch den Betreuten – erfolgen kann.

Wünscht der Betreute unter bestimmten Umständen den Abbruch lebenserhaltender Maßnahmen, sollte das unbedingt detailliert in der Patientenverfügung aufgenommen werden.

Geregelt ist nun auch, dass nicht nur Angehörige sondern auch Dritte, d. h., Freunde, Nachbarn etc. in dem Moment, da sie die Notwendigkeit einer Betreuung für dringend erforderlich halten, berechtigt sind, das Betreuungsgericht anzurufen.

Umstritten ist zurzeit noch, inwiefern auch ein Notarzt an eine Patientenverfügung gebunden ist, sofern diese für den konkreten Notfall verfügt, den Patienten sterben zu lassen. Nach überwiegender Meinung dürfte der Notarzt vorrangig verpflichtet sein, das Leben des Patienten zu erhalten und ihn somit nach einem Unfall erforderlichenfalls auch zu reanimieren.

Unklar war auch bisher immer wieder, wie lange eine Patientenverfügung gilt und ob sie in Abständen vom Arzt, Anwalt oder Notar sachlich richtig gezeichnet werden muss.

Grundsätzlich gibt es für die Gültigkeit einer Patientenverfügung keine zeitliche Begrenzung, wobei es allerdings jedem frei gestellt bleibt, diese in Abständen dem Arzt oder Rechtsanwalt vorzulegen und sich seine volle geistige Handlungsfähigkeit bestätigen zu lassen.

In einem Vortrag zum Thema Patientenverfügung am 01.10.2009 zitierte der Referent, Herr Rechtsanwalt Christoph von Mohl aus Dresden den Satz: „*Das Weltbild ist ebenso wichtig wie das Blutbild!*“ Damit sollte vor allem noch einmal bekräftigt werden, dass der Arzt keine Maßnahmen gegen den Willen des Patienten vornehmen darf, womit der Patientenwille gegenüber der hippokratischen Verpflichtung des Arztes zur unbedingten Erhaltung des Lebens den Vorrang erhalten sollte.

Auch nach Einführung der Neuregelungen zur Patientenverfügung gilt weiterhin, dass nach § 1904 BGB die Einwilligung des Betreuers in eine Untersuchung des Gesundheitszustandes, eine Heilbehandlung oder einen ärztlichen Eingriff des Patienten nach wie vor der Genehmigung des Betreuungsgerichts bedarf, sofern die Gefahr besteht, dass der Betreute aufgrund dieser Maßnahmen stirbt oder einen schweren oder länger dauernden gesundheitlichen Schaden erleidet. Sind sich der behandelnde Arzt und der Betreuer jedoch bzgl. eines vorzunehmenden oder zu unterlassenden ärztlichen Eingriffs einig, bedarf es keiner Entscheidung des Betreuungsgerichts. Auch hierfür ist die Grundlage entsprechend § 1904 Abs. 3 BGB wiederum der Wille des Betreuten.

Rechtsanwalt Gottfried Schlesier
Hainichener Str. 69
04736 Waldheim
Tel.: 034327/93222
Fax: 034327/90349
e-mail: Rechtsanwalt-Schlesier@freenet.de